

---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 7. Dezember 1986*

---

*\*Analyse de la votation fédérale du 7 décembre 1986*

---

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Gegenvorschlag zur Volksinitiative «für Mieterschutz» .....	922'221 64.4 %	510'490 35.6 %
Volksinitiative «für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs» .....	485'930 33.9 %	948'612 66.1 %
Stimmbeteiligung 34.7 %		

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 7. Dezember 1986	
Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und französischen Schweiz .....	3
1 Die Stimmbeteiligung .....	4
2 Gegenvorschlag zur Mieterschutzinitiative .....	7
2.1 Das Stimmverhalten .....	8
2.2 Die Entscheidungsgrundlagen .....	11
2.3 Vergleich zu den Mieterschutzvorlagen von 1977 .....	15
3 Volksinitiative für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs .....	16
3.1 Das Stimmverhalten .....	16
3.2 Die Entscheidungsgrundlagen .....	18
3.3 Vergleich mit der Schwerverkehrsabstimmung von 1984 .....	23
Zusammenfassung der Hauptergebnisse .....	26
* Récapitulation des résultats principaux .....	28

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate<sup>1</sup>

	Gegenvorschlag Mieterschutz- Initiative Ja (in %)	Schwerverkehrs- Initiative Ja (in %)	Stimmbe- teiligung (in %)
CH .....	64.4	33.9	34.7
ZH .....	68.5	43.1	38.1
BE .....	66.9	33.8	33.5
LU .....	62.0	31.1	36.5
UR .....	62.1	43.0	44.0
SZ .....	39.4	22.4	41.9
OW .....	47.0	20.9	30.6
NW .....	53.0	25.3	35.6
GL .....	47.8	34.6	33.5
ZG .....	54.9	30.8	41.7
FR .....	70.1	22.9	44.4
SO .....	61.6	33.0	40.2
BS .....	76.4	47.8	38.6
BL .....	62.6	34.6	33.5
SH .....	54.9	33.1	68.5
AR .....	49.3	29.4	39.5
AI .....	49.8	19.9	33.8
SG .....	59.4	31.7	32.8
GR .....	60.1	30.7	29.4
AG .....	52.4	27.5	30.1
TG .....	56.1	28.9	38.1
TI .....	74.2	45.7	28.3
VD .....	67.1	27.7	30.1
VS .....	45.3	15.5	25.8
NE .....	72.1	29.0	33.6
GE .....	83.1	38.7	32.8
JU .....	75.8	20.1	25.7

<sup>1</sup> Vgl. *BBI*, 1987, I, S. 474f.

## Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 7. Dezember 1986

Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und französischen Schweiz

Am 7. Dezember 1986 hatten die schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über zwei thematisch sehr unterschiedliche Vorlagen zu entscheiden. Bei einer tiefen Stimmbeteiligung von 34,7% wurde die Volksinitiative «für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs» (Schwerverkehrsinitiative) mit 66,1% Nein-Stimmen deutlich verworfen, während der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «für Mieterschutz» mit 64,4% angenommen wurde.

Die Schwerverkehrsinitiative verlangte eine nach den Fahrleistungen abgestufte Schwerverkehrsabgabe. Bundesrat und eine Mehrheit im Parlament lehnten die Initiative ab, weil sie zu einem ungelegenen Zeitpunkt komme und unverhältnismässig sei. Man befürchtete eine Belastung der Beziehungen zum Ausland. Der Mieterschutzartikel beinhaltet die Ausdehnung des Schutzes vor missbräuchlichen Mietzinsen auf die ganze Schweiz. Zudem sollte dem Mieter die Möglichkeit gegeben werden, missbräuchliche Kündigungen anzufechten. Die von der Schweizerischen Mietervereinigung 1982 eingereichte Volksinitiative wurde von den Initianten zurückgezogen, so dass die Bürger lediglich über den Gegenvorschlag zu befinden hatten.

In der nachfolgenden Untersuchung sollen einige wesentliche Aspekte des Abstimmungsverhaltens beleuchtet werden. In einem ersten Teil geht es um das Teilnahmeverhalten: Wer ging am 7. Dezember 1986 stimmen? Welche Konfliktlinien lassen sich erkennen? Den Aspekt der Meinungsbildung wollen wir im zweiten Teil untersuchen: Welche Entscheidungsmotive gaben jeweils den Ausschlag? In welchem Masse wurden die im Abstimmungskampf genannten Argumente von den Stimmbürgern aufgenommen? Zu beiden Themen mussten die Bürger bereits einmal Stellung beziehen (Mieterschutz 1977, Schwerverkehr 1984). Wir werden deshalb die gewonnenen Erkenntnisse mit jenen der früheren Analysen vergleichen.

Die folgenden Aussagen beruhen auf einer Repräsentativ-Umfrage, die von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS) in den ersten vier Wochen nach dem Urnengang durchgeführt wurde. Befragt wurden 696 stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger, die nach einem kombinierten Random/Quota-Verfahren ausgewählt wurden. Die Interviews fanden in der Deutsch- und Westschweiz statt, während das Tessin ausgeklammert wurde. Für die Konzipierung und Interpretation zeichnete die Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik, der Universität Zürich verantwortlich.

## 1) Die Stimmbeteiligung

Aufgrund der bisherigen Partizipationsforschung in der Schweiz weiss man, dass durchschnittlich 30% der Stimmberechtigten als regelmässig Teilnehmende zu betrachten sind. Je nach Attraktivität der Abstimmungspakete oder einzelner Vorlagen beteiligen sich mehr Bürgerinnen und Bürger. Am 7. Dezember 1986 bemühten sich 34,7% an die Urnen. Daraus lässt sich ableiten, dass lediglich etwas mehr als 4% über die 30% hinaus stimmen gingen. Im Langzeitvergleich ist diese Beteiligung als tief zu werten; seit der Abstimmung vom 10.3.1985 (Ferien-Initiative etc.) fiel sie nie mehr so tief aus.

Zum Teil lässt sich diese schwache Partizipation wohl mit der geringen Spannung über den Ausgang der Abstimmung erklären. Eine Ablehnung des Mieterschutzartikels war ebenso wenig zu erwarten wie die Annahme der Schwerverkehrsinitiative des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS). Damit in direktem Zusammenhang dürfte die Tatsache stehen, dass relativ wenige der befragten Stimmbürger sich von den beiden Vorlagen stark betroffen fühlten. Wie *Tabelle 2* zeigt, meinen lediglich 17%, ein Ja oder Nein zum Mieterschutzartikel habe grosse Auswirkungen auf die eigene Person.

Tabelle 2: Betroffenheit und Entscheidungsschwierigkeiten nach Abstimmungsgegenständen

Abstimmungsthema	Betroffenheit (Selbsteinschätzung)		Entscheidungsschwierigkeiten (Selbsteinschätzung)	
	«hohe persönliche Betroffenheit» <sup>1</sup> in % der Stimmberechtigten	Qualifizierung im Zeitvergleich <sup>2</sup>	Vorlage war «eher leicht» zu beurteilen im Zeitvergleich <sup>3</sup> in % der Stimmberechtigten	Qualifizierung
● Schwerverkehrsinitiative	13 %	tief	56 %	mittel
● Mieterschutzvorlage	17 %	mittel bis tief	60 %	mittel

- 10-stufige Skala sowie «keine Angabe» möglich, hohe Betroffenheit bei den Stufen 8, 9 und 10.
- Höchster Wert aus allen nachanalytierten Sachabstimmungen: 40% (Fristenlösungsinitiative); tiefster Wert: 5% (Aufgabenneuverteilung Primarschule). Die 7 Prädikate von «sehr hoch» bis «sehr tief» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt.
- Höchster Wert aus allen nachanalytierten Sachabstimmungen: 83% «eher leicht» (12 autofreie Sonntage); tiefster Wert: 32% «eher leicht» (Konjunkturbeschluss). Die 7 Prädikate von «sehr klein» bis «sehr gross» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt.

Wenn man bedenkt, dass die Schweiz als «Volk von Mietern» bekannt ist – im Ländervergleich weist sie einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Mietern auf –, erstaunt dieser im Langzeitvergleich mittlere bis tiefe Wert doch etwas. Auf die Frage, ob sie die Höhe des Mietzinses angemessen finden, antworteten 78% der befragten Mieter mit «Ja». Da der angenommene Mieterschutzartikel besonders im Konfliktfall zwischen Mieter und Vermieter zum Tragen kommt, ist die relativ tiefe Betroffenheit wohl vor allem mit der allgemeinen Zufriedenheit der Mieter zu erklären.

Der Anteil der subjektiv hoch Betroffenen liegt bei der Schwerverkehrsinitiative mit 13% noch etwas tiefer. Es lässt sich deshalb vermuten, dass es vor allem die Mieterschutzvorlage war, welche die zusätzlichen Stimmbürger zum Urnengang mobilisiert hat. Darauf deutet auch hin, dass mehr Stimmbürger den Inhalt der Mieterschutzinitiative kannten (74%) als



jenen der Schwerverkehrsinitiative (62%). Hingegen wurden beide Vorlagen von den Stimmberechtigten als etwa gleich schwierig zu beurteilen eingestuft. Die Nachbefragung ergibt zudem, dass die Vorlagen bei den Stimmbürgern gleich gut bekannt waren: jeweils 81% konnten die beiden Vorlagen spontan nennen.

Analysiert man die Stimmbeteiligung nach verschiedenen sozio-demographischen Merkmalen, ergibt sich ein Bild, das die bekannten Partizipationsstrukturen mehr oder weniger bestätigt (vgl. *Tabelle 3*). Wie üblich liegt die Beteiligung der Frauen deutlich unter jener der Männer. Die tiefere Partizipation der Bürger unter 40 Jahren entspricht ebenso wie die bessere Beteiligung der Personen mit höherer Bildung und in besserer beruflicher Stellung dem aus den Nachanalysen bekannten Trend. Bemerkenswert ist allerdings die überdurchschnittlich hohe Beteiligung der Selbständigen und der leitenden Angestellten. Gleiches gilt auch für die 40 bis 64-jährigen, die sich am 7. Dezember 1986 verhältnismässig häufiger an die Urne bemühten.

Meist ergeben die Nachanalysen eine deutliche Übervertretung der deutschen Schweiz. Im Durchschnitt beträgt dieser Wert fast 10%.<sup>1</sup> Zwar beteiligten sich die Bürger der welschen Kantone auch am 7. Dezember 1986 weniger häufig als jene der deutschschweizerischen, die Differenz betrug jedoch lediglich 1,4%. Eine ähnliche Bemerkung lässt sich auch bezüglich der Siedlungsart (Merkmal 8) anbringen. Entgegen der Langzeit-Beobachtung, dass sich die Bewohner ländlicher Regionen stärker mobilisieren lassen, gingen diesmal Personen aus mittel- und kleinstädtischem Milieu häufiger stimmen. Die unterdurchschnittliche Beteiligung der Stimmbürger aus grossstädtischen Regionen fällt geringer aus als üblich. Bewohner aus Gebieten mit einem höheren Mietwohnungsanteil bemühten sich demnach verhältnismässig häufiger an die Urne.

Interessante Schlüsse ergeben sich im Zusammenhang mit den Eigentumsverhältnissen: Die Hauseigentümer beteiligten sich gemäss unserer Umfrage um rund 5% häufiger als die Mieter. Üblicherweise ist die Partizipation der Mieter deutlich geringer. Eine höhere Beteiligung weisen jene Personen auf, die zusätzlichen Besitz in Form von Immobilien ihr eigen nennen. Wer mit anderen erwachsenen Personen im gemeinsamen Haushalt wohnt, ging überdurchschnittlich häufiger stimmen als Alleinwohnende. Recht deutlich ist die Differenz, wenn man nach dem Personenwagen im Haushalt fragt. Wer einen PW besitzt, beteiligte sich um rund 10% häufiger als jene ohne eigenen PW.

Durchwegs häufiger gingen die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien stimmen, während sich die Gefolgschaft der Sozialdemokraten zwar immer noch über dem Durchschnitt, aber doch deutlich schwächer beteiligte. Lediglich als Trends sind aufgrund der geringen Fallzahlen die ermittelten Werte für die Sympathisanten kleinerer Parteien zu interpretieren. Wie üblich beteiligten sich Bürger ohne Parteisympathien viel schwächer.

Zusammenfassend kann man festhalten: Am 7. Dezember 1986 gingen, wie in den Nachanalysen bisher meistens beobachtet, besonders jene Bürgerinnen und Bürger stimmen, die sich aufgrund ihrer höheren Bildung, der guten beruflichen Stellung und des stärkeren

1 Vgl. dazu Gruner/Hertig: Der Stimmbürger und die «Neue» Politik, Bern 1983, S. 144.

Tabelle 3: Die Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmale	Gruppe	Abweichung von der durchschnittlichen Beteiligung aller Befragten
Geschlecht: <sup>1</sup>	Männer	(+ 5,1)
	Frauen	(- 5,3)
Alter: <sup>2</sup>	20-39jährig	(- 10,3)
	40-64jährig	(+ 8,0)
	65-84jährige	(+ 4,5)
Ausbildung: <sup>1</sup>	Oblig. Schule	(- 10,7)
	Berufsschule u.ä.	(+ 2,5)
	Gymnasium, Universität	(+ 7,4)
Berufl. Stellung: <sup>1</sup>	Erwerbstätige Total	(- 0,8)
	- Selbständige, leit. Angestellte, leit. Beamte/Beamtinnen	(+ 18,8)
	- Angest. und Beamte/Beamtinnen in mittl. Stellung	(- 2,0)
	- Angest. in einf. Stellung	(- 12,2)
	- Landwirte	(+ 6,7)
	- Arbeiter	(- 4,8)
	Nicht-Erwerbstätige Total	(+ 0,2)
	- Studenten/Studentinnen	(- 9,1)
	- Hausfrau/Hausmann	(+ 1,3)
	- Rentner/Rentnerin	(+ 8,2)
Eigentumsverhältnisse:	Hauseigentümer	(+ 3,8)
	Miete / Pacht	(- 1,7)
Zusätzlicher Besitz:	unbebautes Land vermietet	(- 5,5)
	Zweitwohnung	(+ 16,5)
	wohnt in Einfamilienhaus	(+ 15)
Wohnform:	wohnt in Mehrfamilienhaus	(+ 5,4)
	Siedlungsart:	
Siedlungsart:	Grossstädtische Umgebung	(- 2,0)
	Mittel- u. kleinst. Milieu	(- 1,4)
	Ländliches Milieu	(+ 3,8)
Ansässigkeit:	weniger als 5 J. am gl. Ort	(- 0,6)
	mehr als 5 J. am gl. Ort	(- 6,6)
	über 10 Jahre am gl. Ort	(- 5,3)
Wohnverhältnisse/ Haushaltgrösse:	einzigste erwachsene Person im Haushalt	(- 11,0)
	mit andern erwachsenen Personen im Haushalt lebend	(+ 10,6)
PW im Haushalt:	Ja	(+ 3,2)
	Nein	(- 6,9)
Landesteil:	Deutsche Schweiz	(+ 0,3)
	Französische Schweiz	(- 1,1)
Parteisympathie: <sup>1</sup>	CVP	(+ 13,5)
	FDP/LPS	(+ 14,5)
	SPS	(+ 5,1)
	SVP	(+ 13,3)
	LdU/EVP	(+ 15,1)
	POCH/PdA	(+ 9)
	GPS	(+ 12,8)
	Keine	(- 9,5)

1 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test)

2 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test)

Stimmbeteiligung der Befragten = 45,5% / Stimmbeteiligung effektiv = 34,7%

politischen Interesses (beispielsweise Parteisympathie und regelmässiges Partizipationsverhalten) ausgeprägter als die übrigen Bürger am öffentlichen Leben beteiligen. Als Besonderheit der Abstimmung vom Dezember 1986 fällt die höhere Partizipation der welschen Region und der 40 bis 64jährigen auf. Zudem hat die persönliche Betroffenheit durch die Mieterschutzvorlage (Beispiel: Siedlungsart, Eigentumsverhältnisse etc.) ebenfalls eine, wenn auch nicht allzu grosse Rolle gespielt.

## 2) *Gegenvorschlag zur Mieterschutzinitiative*

Mit 64,4 % Ja-Stimmen wurde am 7. Dezember 1986 der Gegenvorschlag zur Mieterschutzinitiative recht deutlich angenommen. In der Nachbefragung gaben 1,3% an, leer eingelegt zu haben; weitere 5,4% beantworteten diese Frage nicht. Die verbleibenden befragten Urnengänger stimmten im Verhältnis von 75,7% zu 17,7% für den Gegenvorschlag. Die theoretisch errechnete Fehlerspanne beträgt bei den VOX-Analysen plus/minus 4%. Im Langzeitvergleich liegen die Vergleichswerte unter dieser Grenze<sup>1</sup>. Während das Stimmverhalten bei der Schwerverkehrsinitiative mit einer Differenz von 3,6% innerhalb der Fehlerspanne liegt, resultiert bei der Mieterschutzvorlage eine Abweichung von 11,1% (Ja-Stimmen; bei den Nein-Stimmen beträgt sie gar 17,9%). Diese ausserhalb der errechneten Toleranz liegende Differenz bedarf einer Erklärung.

Die Mieterschutzvorlage wurde in der Romandie besonders hoch angenommen. In den Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Jura legten 74,5% der Bürger ein Ja ein, während dieser Anteil in den deutschschweizer Kantonen lediglich 57,7% betrug. In der Nachbefragung ist die welsche Region etwas übervertreten, damit bei der Differenzierung nach verschiedenen sozio-demographischen Hintergrundmerkmalen überhaupt eine sinnvolle Anzahl von Befragten zugrunde gelegt werden kann. Zum Teil wird sich der überdurchschnittlich hohe Ja-Anteil in der Nachbefragung auf diese leichte Übervertretung der Romandie zurückführen lassen.

Einen Einfluss hatte möglicherweise auch die Interview-Situation. Einzelne Befragte antworten nicht ausschliesslich gemäss der Realität, sondern lassen sich auch von den bekannten Resultaten der Abstimmungen und vom gesellschaftlichen Erwartungsdruck leiten. 77% konnten bei der Nachbefragung das richtige, positive Resultat der Mieterschutzabstimmung nennen. Eventuell hat dies einige der Interviewten veranlasst, den eigenen Stimmenscheid mit Ja anzugeben, obwohl dies nicht dem tatsächlichen Verhalten entspricht. Diese Interpretation wird durch die Tatsache gestützt, dass die Differenz bei den Ja-Stimmen deutlich geringer ausfällt als bei den ablehnenden Stimmen (11,1% gegenüber 17,9%). Eine Rolle mag zudem gespielt haben, dass einige Befragte im Nachhinein ihren Entscheid korrigierten, weil sie gegenüber dem Interviewer nicht zugeben wollten, gegen die eigenen Interessen als Mieter gestimmt zu haben. Bei der Schwerverkehrsinitiative war diese direkte Betroffenheit weniger bedeutend.

1 Claude Longchamp: Die VOX-Analysen als Beispiel von Stichproben-Untersuchungen in der Schweiz, 1987, S. 17.

Die geringe Differenz bei der Schwerverkehrinitiative und auch die innerhalb der errechneten Toleranz liegende Abweichung beim Teilnahmeverhalten lassen den Schluss zu, dass die Stichprobe trotz der überdurchschnittlichen Abweichung bei der Mieterschutzvorlage repräsentativ für die Schweizer Bevölkerung ist. Allerdings müssen bei der Abstimmung über den Mieterschutz mögliche Verzerrungen berücksichtigt werden. Bei den Interpretationen ist demnach eine grössere Vorsicht am Platz.

## 2.1. Das Stimmverhalten

### a) Abweichung nach soziologischen Merkmalsgruppen

In *Tabelle 4* haben wir die Befragten nach verschiedenen soziologischen Merkmalen aufgliedert. Es zeigt sich, dass alle erfassten Gruppen der Mieterschutzvorlage zustimmten. Durchschnittlich häufiger befürwortet haben den Gegenvorschlag vor allem Stimmbürger :

- die sich durch die Vorlage stark betroffen fühlen
- die in einem Mietverhältnis stehen
- weiblichen Geschlechts
- tieferen Alters
- die in einem grossstädtischen Milieu leben.

Ebenfalls sehr hohe Ja-Anteile weisen die Kategorien Hausfrauen/Hausmänner sowie Angestellte in einfacher Stellung auf. Aufgrund der sehr geringen Interviewzahl lassen sich diese Werte allerdings lediglich als Hinweise interpretieren.

Bemerkenswert ist die grosse Bedeutung, welche die direkte Betroffenheit der Bürger für den Stimmentscheid hatte. Beim Partizipationsverhalten liess sich das noch nicht mit dieser Deutlichkeit feststellen. Drei der oben erwähnten Merkmale stehen in einem engen Zusammenhang : Wer in einem Mietverhältnis wohnt, ist durch die Vorlage besonders stark betroffen und hat deshalb den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Initiative überdurchschnittlich stark angenommen. In den Grossstädten und deren Agglomeration leben in relativen und absoluten Zahlen mehr Mieter als in ländlichen Regionen. Die beiden übrigen Merkmale lassen sich mit psychologischen Gründen erklären. Jüngere Menschen sind, gerade wenn sie noch kleine Kinder haben, stärker auf gute Mietverhältnisse angewiesen. Ihnen fällt ein Wohnungswechsel meist schwerer als den 40 bis 64jährigen, die in der Regel über grössere finanzielle Mittel verfügen und deshalb einen Wechsel besser verkraften können. Ähnlich lässt sich das Stimmverhalten der Frauen erklären. Auch wenn heute die traditionelle Rollenaufteilung weniger ausgeprägt ist als früher, verbringen doch die Frauen mehr Zeit zu Hause in der Wohnung. Dadurch stellt sich oft eine stärkere Bindung an die eigene Wohnung ein, die dann noch ausgeprägter ist, wenn die Frauen für Kinder sorgen müssen. Frauen sind demnach noch stärker an stabilen Mietverhältnissen interessiert als Männer.

Signifikant häufiger Nein stimmten Personen :

- die zusätzlichen Besitz in Form von Land oder Immobilien haben
- die selber ein Haus besitzen



Tabelle 4: Stimmverhalten beim Mieterschutz nach soziologischen Merkmalen

Merkmale	Gruppe	Stimmverhalten in % (N = materiell Stimmende) <sup>1</sup>		Signifikanz des Merkmals <sup>3</sup>
		Ja	Abweichung <sup>2</sup>	
Geschlecht :	Männer	77	— 4	nein
	Frauen	86	+ 5	
Alter :	20-39jährige	85	+ 4	nein
	40-64jährige	80	— 1	
	65-84jährige	80	— 1	
Ausbildung :	Obligatorische Schulen	77	— 4	nein
	Berufsschule u.ä.	80	— 1	
	Gymnasium, Universität u.ä.	84	+ 3	
Berufliche Stellung :	Erwerbstätige Total	79	— 2	nein
	- Selbständige, Angestellte und Be- amte/Beamtinnen in leit. Stellung	74	— 7	
	- Angestellte und Beamte/Beamtinnen in mittlerer Stellung	81	—	
	(- Angestellte in einfacher Stellung) <sup>4</sup>	90	+ 9	
	(Landwirte)	64	— 17	
	- Arbeiter	80	— 1	
	Nicht-Erwerbstätige Total	81	—	
	- Studenten / Studentinnen	80	— 1	
	- Hausfrauen / Hausmänner	86	+ 5	
	- Rentner / Rentnerinnen	81	—	
Eigentums- verhältnisse :	Hauseigentum	70	— 11	Ja (0,05)
	Miete, Pacht	87	+ 6	
Siedlungsart :	Grossstädtisches Milieu	85	+ 4	nein
	Mittel- und kleinstädt. Milieu	82	+ 1	
	Ländliches Milieu	77	— 4	
Landesteil :	Deutsche Schweiz	80	— 1	nein
	Französische Schweiz	84	+ 3	
Zusätzlicher Besitz :	unbebautes Land	53	— 28	nein
	vermietet	70	— 11	
	Zweitwohnung	76	— 5	
Wohnform :	wohnt in Einfamilienhaus	76	— 5	nein
	wohnt in Mehrfamilienhaus	83	+ 2	
Betroffenheit durch Vorlage :	klein	81	—	nein
	mittel	79	— 2	
	gross	88	+ 7	
Total VOX		81		
Total effektiv		64,4	— 16,6	

1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer angab, leer votiert zu haben bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen (= formell Stimmende).

2 Abweichung vom durchschnittlich erhobenen Ja-Stimmenanteil.

3 Wie in den VOX-Analysen üblich, wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit  $p \leq 5\%$ ) ist.

4 Angaben zu in Klammern gesetzten Merkmalsgruppen sind als Tendenz zu interpretieren, da die geringe Anzahl Befragter keine quantitativen Schlüsse gestattet.

- die eine leitende Stellung innehaben
- die in einem Einfamilienhaus wohnen.

Auch bei dieser Zusammenstellung wird die Betroffenheit als bestimmende Grösse für das Stimmverhalten deutlich. Wer selber ein Haus, Land oder Immobilien besitzt, eine leitende Stellung inne hat und deshalb nicht so ausgeprägt auf günstige Mietverhältnisse angewiesen ist, oder wer im (eigenen) Einfamilienhaus wohnt, dem liegt ein besserer Schutz der Mieter nicht so nahe.

Etwas höher als in der deutschen Schweiz fällt die Zustimmung zum Mieterschutzartikel in der Romandie aus. Damit entspricht die Nachbefragung dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis; allerdings fällt die Differenz in der Umfrage geringer aus. Bezüglich dem Merkmal Ausbildung lässt sich festhalten, dass die Zustimmung mit steigender Bildung höher wird.

#### b) Abweichung nach politischen Merkmalsgruppen

Sehr deutliche Unterschiede im Stimmverhalten zeigen sich, wenn man die Bürger nach ihren Parteisympathien gliedert (Tabelle 5). Anhänger der drei grossen bürgerlichen Partei-

Tabelle 5: Stimmverhalten beim Mieterschutz nach politischen Merkmalen

Merkmale	Gruppe	Stimmverhalten in % (N = materiell Stimmende) <sup>1</sup>		Signifikanz des Merkmals <sup>1</sup>
		Ja	Abweichung <sup>2</sup>	
Parteisympathie:	FDP	60	— 21	Ja (0,05)
	(SVP) <sup>4</sup>	74	— 7	
	CVP	66	— 15	
	SPS	98	+ 17	
	(LdU/EVP)	95	+ 14	
	(POCH/PdA)	100	+ 19	
	(GRÜNE)	100	+ 19	
	Keine Sympathien	82	+ 1	
Regierungs- vertrauen:	stark	80	— 1	nein
	schwach	83	+ 2	
Politische Integration:	hoch	81	—	nein
	mittel	82	+ 1	
	tief	75	— 6	
Total VOX		81		
Total effektiv		64,4	— 16,6	

1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer angab, leer votiert zu haben, bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen (= formell Stimmende).

2 Abweichung vom durchschnittlich erhobenen Ja-Stimmenanteil.

3 Wie in den VOX-Analysen üblich, wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit  $p \leq 5\%$ ) ist.

4 Angaben zu in Klammern gesetzten Merkmalsgruppen sind als Tendenz zu interpretieren, da die geringe Anzahl Befragter keine quantitativen Schlüsse gestattet.

en FDP, CVP und SVP stimmten dem Gegenvorschlag (in dieser Reihenfolge) weniger deutlich zu. Besonders klar wurde dagegen die Vorlage von den SPS-Sympathisanten angenommen. Die übrigen erfassten Parteien, LdU/EVP, POCH/PdA und Grüne, vermochten ihre Anhänger ebenfalls fast zu 100% von ihrer Parole zu überzeugen. Allerdings kann diese Beobachtung wegen der jeweils geringen Fallzahl lediglich als Tendenz interpretiert werden. Keinen besonderen Einfluss auf das Stimmverhalten hatte das Vertrauen in die Regierung. Hingegen legten jene, die politisch schwächer integriert sind, etwas häufiger ein Nein in die Urne als die übrigen Befragten.

## 2.2. Die Entscheidungsgrundlagen

### a) Inhaltliche Kenntnisse

Die rund 700 Interviewten wurden in der Nachbefragung aufgefordert, kurz zu beschreiben, was der Gegenvorschlag zur Mieterschutzinitiative inhaltlich verlangte. 21,5% wussten auf diese Frage keine Antwort. Die übrigen 78,5% nannten folgende Punkte:

Tabelle 6: Beschreibung des Inhaltes der Mieterschutzvorlage

Beschreibung des Inhaltes <sup>1</sup>	n = 546	%
1. Mehr Rechte / Schutz für Mieter	262	48 %
2. Gegen Missbräuche	246	45 %
3. Vereinheitlichung / gesetzliche Verankerung	104	19 %
4. Unklare, unspezifische Antworten	20	4 %
5. Übrige Antworten <sup>2</sup>	12	2 %
	644	118 %

<sup>1</sup> Mehrfachnennungen möglich

<sup>2</sup> ohne keine Angabe

Fast die Hälfte der Antwortenden gibt an, die Vorlage beinhalte mehr Rechte für die Mieter und biete diesen einen besseren Schutz. Diese Aussage ist zwar richtig, jedoch sehr unpräzise und lässt deshalb nur bedingt auf die tatsächlichen inhaltlichen Kenntnisse schliessen. Die beiden Hauptforderungen des Gegenvorschlages sind recht gut bekannt. 45% wissen, dass mit der Vorlage die Mieter vor missbräuchlichen Kündigungen geschützt werden sollen. Der spezifische Aspekt, dass der neue Gesetzesartikel eine Vereinheitlichung der Rechtslage durch Ausdehnung des Schutzes vor missbräuchlichen Mietzinsen auf die ganze Schweiz bringt, ist immerhin 19% der Befragten bekannt. Unbedeutend ist der Anteil der unspezifischen und übrigen Antworten. Insgesamt waren die Inhalte der Mieterschutzvorlage der grossen Mehrheit der Interviewten gut bekannt.

### b) Spontan geäusserte Entscheidungsmotive

Die Nachbefragung zu den Entscheidungsmotiven soll aufzeigen, welche Argumente tatsächlich eine entscheidende Rolle spielten. Die entsprechende Interview-Frage wurde offen, d.h. ohne Argumentationshilfe gestellt.

81% (n = 240) der befragten Urnengänger gaben an, mit Ja gestimmt zu haben. Im Durchschnitt nennen sie 1,25 Antworten.

Wie *Tabelle 7* zeigt, lassen sich zwei wichtige Motivgruppen der Befürworter erkennen:

- Fast die Hälfte erklärt, mit dem Ja für mehr Rechte der Mieter und einen besseren Schutz votiert zu haben. Dieser allgemein gehaltenen Forderung kam eine grosse Bedeutung zu. Insgesamt umfasst diese grösste Motivgruppe rund einen Drittel der befragten Urnengänger.
- Eine zweite bedeutende Gruppe sieht ihr Ja als Äusserung gegen Missbräuche der Vermieter. Ein Fünftel der Teilnehmenden nennt dieses Argument.

Tabelle 7: Entscheidungsmotive bei der Mieterschutzvorlage

Motive nach Stimmmverhalten	Nennungen bei Nein- resp. Ja-Stimmenden (Mehrfachnennungen mögl.)	Verbreitung unter den Teilnehmenden
<i>Ja-Stimmende</i> (n = 240)		
● Undifferenziert-positive Motive	4 %	4 %
● Mehr Recht / Schutz für Mieter	43 %	34 %
● Gegen Missbräuche der Vermieter	26 %	20 %
● Gesetzliche Vereinheitlichung / Verankerung	4 %	3 %
● Gerechtigkeit, Ausgleich	6 %	5 %
● Selber Mieter	13 %	10 %
● Übrige Ja-Motive (inkl. Parteiparolen, Bundesratsempfehlung)	4 %	3 %
● Keine Angaben	—	2 %
	100 %	
<i>Nein-Stimmende</i> (n = 56)		
● Undifferenziert-negative Motive	7 %	1 %
● Gegen mehr Staat	18 %	3 %
● Vermieter wird handlungsunfähig	25 %	4 %
● Geht zu weit / Status quo genügt	30 %	5 %
● Ungenügender Gegenvorschlag im Vergleich zur Initiative	3 %	1 %
● Übrige Nein-Motive (Parteiparolen / Empfehlung Dritter)	17 %	3 %
● Keine Angaben	—	2 %
	100 %	100 %



Allein mit diesen beiden Motivgruppen können 54% der befragten Urnengänger erfasst werden. Über die Hälfte liess sich also bei ihrem Stimmenscheid von eher allgemein gehaltenen Forderungen leiten, während die gesetzliche Vereinheitlichung als konkrete inhaltliche Bestimmung der Vorlage lediglich eine untergeordnete Rolle spielte (5% der Urnengänger). Bedeutender war hingegen die eigene Betroffenheit: 10% geben an, Ja gestimmt zu haben, weil sie Mieter sind.

Nur sehr vorsichtig lassen sich die Entscheidungsmotive der Nein-Stimmenden interpretieren. Zum einen gaben diese mit 1,18 Antworten etwas weniger Motive an als die Befürworter. Stärker ins Gewicht fällt jedoch, dass die Gegner der Mieterschutzvorlage in unserem Sample lediglich einen Fünftel ausmachen ( $n = 56$ ). Wiederum lassen sich zwei hauptsächliche Gruppen erkennen: Rund ein Drittel der Gegner begründet das Nein mit der pauschalen Bemerkung, die Vorlage gehe zu weit, der Status quo genüge völlig. 25% erklären, die neue Gesetzesbestimmung mache die Vermieter handlungsunfähig. Eine dritte Gruppe – bereits mit deutlichem Abstand – führt die Angst vor der überhandnehmenden staatlichen Verwaltung an: «gegen mehr Staat» lautet ihre Begründung.

Allerdings erreicht keine dieser Gegnergruppen eine grosse Bedeutung. Selbst jene, die meinen, die Vorlage gehe zu weit, umfassen lediglich 5% der befragten Urnengänger.

Die Interpretation der Entscheidungsmotive zeigt, dass sowohl bei den Befürwortern wie auch bei den Gegnern allgemein gehaltene Aussagen dominierten. Nicht die konkreten Inhalte der Vorlage lieferten die wichtigsten Entscheidungsgrundlagen, sondern Argumente wie «Status quo genügt» und «Mehr Rechte/besserer Schutz für Mieter»; Argumente, die wohl auch bei einer etwas anders ausgestalteten Mieterschutzvorlage von entscheidender Bedeutung wären.

### *c) Stellungnahme zu einzelnen Argumenten*

Die offene Frageform hat den wichtigen Vorteil, dass sich die Befragten ohne Hilfen an die eigene Entscheidungssituation erinnern können. Sie antworten unbeeinflusst. Allerdings können bei diesem Vorgehen oft wichtige Motive vergessen werden. Wir haben deshalb die Befragten mit einigen Argumenten konfrontiert, die während der Abstimmungskampagne genannt wurden.

#### *Pro-Argumente*

Die Antworten zum Argument «a» in *Tabelle 8* zeigen, dass Befürworter wie Gegner der Mieterschutzvorlage die Ausdehnung des Schutzes vor missbräuchlichen Mietzinsen auf die ganze Schweiz befürworten. Während dies allerdings 98% der Ja-Stimmenden tun, beträgt dieser Anteil bei den Gegnern lediglich 74%. Immerhin 17% sind mit dieser Aussage nicht einverstanden; 9% geben keine Antwort. Trotzdem: auch die Gegner der Mieterschutzvorlage unterstützen diesen zentralen Punkt.

Noch deutlicher unterscheiden sich Gegner und Befürworter, wenn sie zur Forderung Stellung nehmen müssen, dass eine missbräuchliche Kündigung auf Verlangen des Mieters zu annullieren ist. Hier stimmen lediglich 67% der Gegner zu; 28% lehnen dies ab. Fast 90% der Befürworter unterstützen diese Aussage. Möglicherweise könnte diese Frage bei der Konkretisierung des neuen Verfassungsartikels in Gesetz und Verordnung zu einem Stolper-

Tabelle 8: Gewichtung bedeutender Argumente: Mieterschutz

		einver- standen	nicht ein- verstanden	keine Angabe
		(Zeilenprozente)		
<i>Pro-Argumente</i>				
a)	«Die Mieter sollen in der ganzen Schweiz gleichermaßen vor missbräuchlichen Forderungen der Vermieter geschützt werden und nicht nur in Gebieten, in denen ein akuter Mangel an Wohnungen herrscht.»	I 91 % II 98 % III 74 %	4 % 2 % 17 %	5 % 0 % 9 %
b)	«Eine missbräuchliche Kündigung ist auf Verlangen des Mieters zu annullieren.»	I 80 % II 88 % III 67 %	9 % 5 % 28 %	11 % 7 % 5 %
c)	«Der Schutz der Mieter vor unangemessenen Mietzinsen ist deshalb besonders wichtig, weil es in der Schweiz keinen echten, funktionierenden Wohnungsmarkt gibt.»	I 65 % II 74 % III 30 %	20 % 15 % 54 %	15 % 11 % 16 %
<i>Kontra-Argumente</i>				
d)	«Ein besserer Schutz der Mieter ist ja gar nicht I notwendig; die überwiegende Mehrheit der II Vermieter behandelt ihre Mieter anständig.» III	I 31 % II 22 % III 67 %	61 % 74 % 24 %	8 % 4 % 9 %
e)	«In einer Neufassung der Mietzins-Gesetzgebung müssen nicht nur allfällige Missbrauche der Vermieter, sondern auch die der Mieter bekämpft werden.»	I 77 % II 79 % III 84 %	14 % 16 % 11 %	9 % 5 % 5 %
f)	«Staatlich vorgeschriebene Mietzins-Höchstpreise bedeuten einen massiven Einbruch in das System der freien Preisbildung und damit der Marktwirtschaft.»	I 41 % II 44 % III 60 %	37 % 43 % 28 %	22 % 13 % 12 %

I = Stimmberechtigte Total

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

stein werden. Bisher hat der Mieter keine Möglichkeit, eine Kündigung aufheben zu lassen, selbst wenn sie missbräuchlich ist. Er kann nur verlangen, dass das Mietverhältnis verlängert wird. Der Bundesrat möchte dies nun ändern: in einer Änderung des Obligationenrechts will er dem Parlament vorschlagen, dass eine missbräuchliche Kündigung auf Verlangen des Mieters annulliert werden kann<sup>1</sup>.

In der Einschätzung des Wohnungsmarktes differieren Befürworter und Gegner besonders krass. Während eine deutliche Mehrheit der Ja-Stimmenden der Aussage zustimmt, es gebe in der Schweiz keinen echten, gutfunktionierenden Wohnungsmarkt, argumentieren die Gegner umgekehrt: 54% meinen, der schweizerische Wohnungsmarkt funktioniere. Damit können wir die Erkenntnisse aufgrund der Analyse der Entscheidungsmotive (Befürworter: Mehr Schutz / Mehr Rechte; Gegner: Status quo genügt) bestätigen.

<sup>1</sup> Abstimmungserläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 7. Dezember 1986, S. 6

weil ist ungeschickte Doppelzunge:

### Kontra-Argumente

Das erste Kontra-Argument zeigt erneut die selben Konfliktlinien auf. Die deutlicheren Differenzen rühren vor allem daher, dass sich weniger Befragte der Aussage enthalten. Bemerkenswert ist, dass lediglich eine Minderheit der Stimmberechtigten erklärt, die Vermieter behandelten ihre Mieter anständig. Dies deutet darauf hin, dass das Verhältnis Mieter-Vermieter nicht unbelastet ist.

Beinahe gleich stark, und zwar zu mehr als drei Vierteln, stimmen Befürworter wie Gegner der Aussage zu, dass nicht nur allfällige Missbräuche der Vermieter, sondern auch der Mieter bekämpft werden müssen.

Eine wichtige Forderung der 1982 von der Schweizerischen Mietervereinigung eingereichten Volksinitiative «für Mieterschutz» bestand darin, einen staatlich vorgeschriebenen Mietzinshöchstpreis einzuführen. Dieser Höchstpreis wäre aufgrund einer einheitlichen Grundlage für jedes Objekt errechnet worden und hätte überhöhte Mietzinse verhindern sollen. Mit dem Rückzug der Volksinitiative fiel auch diese Forderung dahin. Unsere Befragung zeigt allerdings, dass wohl kaum eine Mehrheit der Stimmbürger einer Vorlage zugestimmt hätte, in der ein solcher Mietzins-Höchstpreis eingeschlossen wird. 44% der Befürworter der Mieterschutzvorlage erklären, diese Forderung bedeute einen massiven Einbruch in das System der freien Preisbildung und damit der Marktwirtschaft. Dies impliziert eine Ablehnung des Mietzins-Höchstpreises. Eine fast gleich grosse Zahl ist mit dem Argument jedoch nicht einverstanden, befürwortet also einen Höchstpreis. Die Entscheidung gegen die Einführung eines Höchstpreises bei Mietzinsen würden die Gegner der Mieterschutzvorlage herbeiführen: ihre Ablehnung dieser Forderung ist sehr deutlich (60% gegen 28%).

### 2.3. Vergleich zu den Mieterschutzvorlagen vom 25.9.1977

Die Mieterschutzvorlage 1986 lässt sich nur sehr bedingt mit jenen von 1977 vergleichen. 1977 hatten die Bürger über eine Initiative und einen Gegenvorschlag zu befinden, was dazu führte, dass beide Vorlagen verworfen wurden. 1986 konnten die Bürger einzig zum Gegenvorschlag Stellung nehmen, da die Initiative aufgrund der Erfahrungen von 1977 zurückgezogen wurde. Für unsere Interpretation kommt erschwerend hinzu, dass sich seit 1977 die Möglichkeiten und das Instrumentarium der VOX-Befragungen geändert haben (vgl. VOX-Publikation Nr. 3).

Dennoch können einige Tendenzen aufgezeigt werden:

Zwar stimmten 1986 die Bürgerinnen und Bürger der Westschweiz der Mieterschutzvorlage deutlicher zu als jene der deutschen Schweiz; die Differenz fiel jedoch aufgrund der Befragung relativ gering aus (4%). Bereits 1977 stimmten die Romands den beiden Mieterschutzvorlagen deutlicher zu. Damals lagen die Werte jedoch signifikant weiter auseinander: 22% bei der Initiative und 15% beim Gegenvorschlag. Auch 1986 lässt sich ein Stadt-Land-Gefälle feststellen; gegenüber 1977 ist es jedoch eindeutig abgeschwächt. Generell haben sich somit die Differenzen in den Auffassungen zum Mieterschutz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen verringert.

Wir haben für die Mieterschutzvorlage 1986 festgestellt, dass beim Stimmentscheid allgemein gehaltene Motivationen wie «Mehr Schutz für Mieter», «Status quo genügt» oder «Gegen mehr Staat» eine dominierende Rolle spielten. 1977 war das ganz ähnlich. Auch damals wurden vor allem die genannten Entscheidungsmotive als wichtig angeführt (Beispiel: «Mehr Schutz für Mieter» mit 59% bei der Initiative oder «Geht zu wenig weit» mit 22% beim Gegenvorschlag). Das Thema wird somit auch nach zehn Jahren noch ähnlich gesehen. Eine Neudefinition der Auseinandersetzung hat nicht stattgefunden.

1977 hatten die Stimmbürger am 25. September gleich über sechs verschiedene Vorlagen zu befinden. Im Zentrum stand damals eindeutig die Fristenlösungs-Initiative. Diese war denn auch bei den Befragten sehr gut bekannt (97% konnten das Thema nennen). Auf der anderen Seite wussten jedoch lediglich 61%, dass auch über einen Gegenvorschlag zur Mieterschutzinitiative zu entscheiden war. Weniger als 14% konnten genauere Angaben über dessen Inhalt machen. 1986 lagen diese Werte bei der Mieterschutzvorlage wesentlich höher: rund 80% der Befragten konnten spontan den Abstimmungsgegenstand nennen und lediglich rund ein Viertel wusste keine Angaben zum Inhalt zu machen. Dies würde die Vermutung bestätigen, dass dann, wenn an einem Abstimmungswochenende eine Vielzahl von Themen aufgegriffen wird, die Stimmbürger sich auf die wichtigsten konzentrieren und zu den übrigen mit einem deutlich geringeren Kenntnisstand Stellung nehmen. Eine Häufung von Abstimmungsvorlagen am gleichen Termin würde aus dieser Sicht an Grenzen stossen.

### *3) Volksinitiative für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs*

#### *3.1. Das Stimmverhalten*

In der Abstimmung vom 7. Dezember 1986 haben 33,9% der Stimmbürger zur Schwerverkehrsinitiative ein Ja, 66,1% ein Nein in die Urne gelegt. Bei den Befragten in unserer Untersuchung lautet das Verhältnis 30 zu 62,5 Prozent. 1,3% gaben an, leer eingelegt zu haben; die restlichen 6,3% verweigerten eine Aussage über ihr Stimmverhalten. Die Abweichung ist im Langzeitvergleich der VOX-Analysen gering. Wir können davon ausgehen, dass in unserer Analyse keine Verzerrungen entstanden sind.

#### *a) Abweichungen nach soziologischen Merkmalsgruppen*

Ein Blick auf *Tabelle 9* zeigt, dass die Ablehnung der Schwerverkehrs-Initiative weit verbreitet und gleichmässig verteilt war. Es sind nur wenige signifikante Abweichungen von der ablehnenden Zwei-Drittels-Mehrheit zu verzeichnen. Lediglich eine einzige Merkmalsgruppe, nämlich die Angestellten in einfacher Stellung, hätte die Vorlage angenommen. Bei allen anderen überwiegt das Nein.



Tabelle 9: Stimmverhalten bei der Schwerverkehrsinitiative nach soziologischen Merkmalen

Merkmale	Gruppe	Stimmverhalten in % (N = materiell Stimmende) <sup>1</sup>		Signifikanz des Merkmals <sup>3</sup>
		Ja	Abweichung <sup>2</sup>	
Geschlecht :	Männer	26	— 6	Ja (0,05)
	Frauen	41	+ 9	
Alter :	20-39jährige	33	+ 1	nein
	40-64jährige	31	— 1	
	65-84jährige	35	+ 3	
Ausbildung :	Obligatorische Schulen	22	— 10	nein
	Berufsschule u.ä.	35	+ 3	
	Gymnasium, Universität u.ä.	33	+ 1	
Berufliche Stellung :	Erwerbstätige Total	27	— 5	Ja (0,01)
	- Selbständige, Angestellte und Beamte/Beamtinnen in leit. Stellung	28	— 4	
	- Angestellte und Beamte/Beamtinnen in mittlerer Stellung	35	+ 3	
	(- Angestellte in einfacher Stellung) <sup>4</sup> (Landwirte)	52	+ 20	
	8	— 24		
	- Arbeiter	20	— 12	
	Nicht-Erwerbstätige Total	38	+ 6	
	- Studenten / Studentinnen	38	+ 6	
	- Hausfrauen / Hausmänner	43	+ 11	
	- Rentner / Rentnerinnen	35	+ 3	
Siedlungsart :	Grossstädtisches Milieu	35	+ 3	nein
	Mittel- und kleinstädt. Milieu	32	—	
	Ländliches Milieu	30	— 2	
Landesteil :	Deutsche Schweiz	32	—	nein
	Französische Schweiz	31	— 1	
PW im Haushalt :	Ja	27	— 5	Ja (0,05)
	Nein	47	+ 15	
Total VOX		32		
Total effektiv		33,9	+ 1,9	

1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer angab, leer votiert zu haben, bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen (= formell Stimmende).

2 Abweichung vom durchschnittlich erhobenen Ja-Stimmenanteil.

3 Wie in den VOX-Analysen üblich, wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit  $p \leq 5\%$ ) ist.

4 Angaben zu in Klammern gesetzten Merkmalsgruppen sind als Tendenz zu interpretieren, da die geringe Anzahl Befragter keine quantitativen Schlüsse gestattet.

Von dieser allgemeinen Tendenz sind immerhin kleinere Abweichungen auszumachen.

- Die *Frauen* sind der Initiative freundlicher gesinnt (41% Ja) als die Männer (26%)
- Von den *Berufsgruppen* fallen neben den bereits erwähnten Angestellten in einfacher Stellung vor allem die Landwirte auf. Sie stimmen der Initiative nur zu 8% zu. Dabei ist allerdings die kleine Zahl der Befragten (12) zu beachten. Auch die Arbeiter weisen einen deutlich unter dem Durchschnitt liegenden Anteil von Ja-Stimmen (20%) aus, während die Rentnerinnen und Rentner überdurchschnittlich häufig (43%) mit Ja stimmen.
- Es überrascht nicht, dass Befragte, die über keinen *Personenwagen im Haushalt* verfügen, der Initiative häufiger zustimmen (47% Ja) als die Autobesitzer (27% Ja). Wer über ein Auto verfügt, ist offenbar den zusätzlichen Angaben auch für den Schwerverkehr weniger gewogen.

Eher erstaunlich ist, dass das Alter, die Ausbildung, die Siedlungsart wie auch der Landes- teil für das Stimmverhalten nur eine geringe oder gar keine Rolle spielen. Es ist also keineswegs so, dass – wie wir teilweise erwartet haben – Jüngere, in städtischem Milieu Lebende und Deutschschweizer mehr für die Initiative gestimmt haben.

#### b) *Abweichungen nach politischen Merkmalsgruppen*

Weniger einheitlich ist das Stimmverhalten, wenn man politische Merkmale der Befragten unterscheidet (*Tabelle 10*).

- Eine bedeutende Rolle spielen die *Parteisymphathien*. Anhänger der SVP stimmen der Initiative nur selten (10%), die Anhänger von CVP (20%) und FDP (22%) unterdurchschnittlich zu, während SP- und LdU-Sympathisanten deutlich über dem Durchschnitt der Ja-Stimmen liegen (43, bzw. 42%). Die Gruppe derjenigen, die keine Parteisymphathien aufweisen, liegt nahe beim Mittel. Man kann somit von einer parteimässigen Polarisierung nach dem Schema von links und rechts sprechen. Dass die (wenigen) Sympathisanten der Grünen Partei sowie der POCH und der PdA der Initiative zu 85% zustimmen, ist nicht überraschend.
- Die parteimässigen Tendenzen werden bestätigt durch die Zugehörigkeit zu *Verkehrsclubs*. Während die Mitglieder von TCS (25% Ja) und vor allem ACS (17% Ja) der Initiative wenig Sympathien entgegenbringen, folgen die VCS-Mitglieder (94% Ja) fast geschlossen ihrem Verband, der die Initiative lanciert hat.
- Schliesslich hat das *Regierungsvertrauen* einen Einfluss auf das Stimmverhalten. Wer der Regierung starkes Vertrauen schenkt, lehnt die Initiative eher ab (82%), als wer nur ein schwaches Vertrauen in die Regierung hat (52%).

### 3.2. *Die Entscheidungsgrundlagen*

#### a) *Inhaltliche Kenntnisse*

Von den rund 700 Befragten konnten immerhin deren 540 (= 77%) inhaltliche Angaben über die Postulate der Schwerverkehrinitiative machen. Die beiden Vorlagen vom Dezem-

Tabelle 10: Stimmverhalten bei der Schwerverkehrsinitiative nach politischen Merkmalen

Merkmale	Gruppe	Stimmverhalten in %		Signifikanz des Merkmals <sup>1</sup>
		Ja	(N = materiell Stimmende) <sup>1</sup> Abweichung <sup>2</sup>	
Parteisympathie:	FDP	22	— 10	Ja (0,05)
	(SVP) <sup>4</sup>	10	— 22	
	CVP	20	— 12	
	SPS	43	+ 11	
	(LdU/EVP)	42	+ 10	
	(POCH/PdA)	67	+ 35	
	(GRÜNE)	85	+ 53	
Keine Sympathien	29	— 3		
Regierungsvertrauen:	stark	18	— 14	Ja (0,01)
	schwach	48	+ 16	
Politische Integration:	hoch	21	— 11	nein
	mittel	39	+ 7	
	tief	32	—	
Mitgliedschaft in Verkehrsclub:	(ACS)	17	— 15	Ja (0,01)
	TCS	25	— 7	
	(VCS)	94	+ 62	
	(andere)	60	+ 28	
Total VOX		32		
Total effektiv		33,9	+ 1,9	

- 1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer angab, leer votiert zu haben, bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen (= formell Stimmende).
- 2 Abweichung vom durchschnittlich erhobenen Ja-Stimmenanteil.
- 3 Wie in den VOX-Analysen üblich, wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit  $p \leq 5\%$ ) ist.
- 4 Angaben zu in Klammern gesetzten Merkmalsgruppen sind als Tendenz zu interpretieren, da die geringe Anzahl Befragter keine quantitativen Schlüsse gestattet.

ber 1986 sind damit fast gleich gut bekannt (vgl. 2.2., a). Im Vordergrund standen die folgenden verkehrspolitischen Forderungen, die der Schwerverkehrsinitiative zugewiesen wurden:

Tabelle 11: Kenntnis des Inhaltes der Schwerverkehrsinitiative

Beschreibung des Inhaltes <sup>1</sup>	n = 540	% der Antwortenden
1. Mehr Abgaben für Schwerverkehr	315	58 %
2. Besteuerung nach Kilometern	119	22 %
3. Unkostendeckung durch Schwerverkehr	40	7 %
4. Besteuerung nach Gewicht	37	7 %
5. Unklare, unspezifische Antworten	75	14 %
6. Übrige Angaben <sup>2</sup>	33	6 %
	619	114 %

1 Mehrfachnennungen möglich

2 ohne keine Angabe

Wer die Schwerverkehrsinitiative kennt, bringt sie fast ausnahmslos mit einer Belastung des Schwerverkehrs in Verbindung. Am häufigsten ist die Antwort, dass es einfach um «mehr Abgaben für den Schwerverkehr» geht (58% der Antwortenden). Zählt man die Antworten zu Punkt 3 (Unkostendeckung durch Schwerverkehr) sowie zu Punkt 5 und 6 (Unspezifische und übrige Angaben) dazu, so stellt man fest, dass doch rund drei Viertel der Nennungen eine (zusätzliche) Abgabe des Schwerverkehrs ansprechen. Auch jene, die eine Besteuerung nach Gewicht erwarten, sehen immerhin den Aspekt der Belastung richtig. Dass mit der Leistungsabhängigkeit eine Besteuerung nach Kilometern gemeint sei, brachten immerhin 22% der Antwortenden zum Ausdruck. Man kann somit von einem recht guten Kenntnisstand der Vorlage ausgehen.

### b) Die Entscheidungsmotive

Auch bei der Schwerverkehrsinitiative hatten die Interviewten Gelegenheit, auf eine offene Frage hin spontan die Motive für ihren Abstimmungsentscheid anzugeben (vgl. *Tabelle 12*).

Bei den *Befürwortern* der Initiative lassen sich die Pro-Motive grob in drei Gruppen gliedern.

- Am häufigsten (31%) wurden «allgemeine Umweltschutzgründe» ins Feld geführt. *Umweltschutz*argumente dürften für viele Befürworter den Ausschlag gegeben haben.
- Dies gilt umso mehr, als auch die «Förderung des *öffentlichen Verkehrs*» (9%) und die Verlagerung des Güterverkehrs «auf die Schiene» (23%) als Anliegen des Umweltschutzes verstanden werden können.
- *Finanzielle* Aspekte kamen erst in dritter Linie. Eine «gerechtere Kostenteilung» (20%) sowie die Realisierung des «Verursacherprinzips» (4%) spielten immerhin noch eine beachtliche Rolle als Motive. Dabei bleibt es erst noch unklar, inwieweit auch diese Begründung mit Umweltpostulaten in Zusammenhang gebracht werden können.

Erstaunlich gering ist die Zahl der undifferenziert-positiven und der übrigen Motive. Insgesamt scheinen die Befürworter sehr genau zu wissen, weshalb sie die Initiative unterstützen: sie wollen mit einer finanziellen, verkehrspolitischen Massnahme etwas für den Umweltschutz tun.

Die Motive für die Ablehnung der Initiative sind etwas breiter gestreut.

- Im Vordergrund stehen indessen eindeutig *wirtschaftliche* und *finanzielle* Argumente. Am häufigsten (25%) wird eine Teuerung befürchtet. Im weiteren sind 22% generell «gegen mehr Steuern». Die Gefährdung von Arbeitsplätzen oder des Transportgewerbes als Ganzes ist für 17% der Ablehnungsgrund.
- *Verkehrspolitisch* argumentieren lediglich wenige. 4% finden, der Schwerverkehr sei leistungsfähiger (als der öffentliche Verkehr). 6% rechnen mit Retorsionsmassnahmen des Auslandes. Nur gerade 5% nehmen das von den Behörden stark betonte Argument auf, mit der Koordinierten Verkehrspolitik (KVP) sei eine bessere Vorlage in Vorbereitung.



- Die Umweltpolitik liefert für die Ablehnung keine Motive. Lediglich 3% der Nein-Stimmenden geben ausdrücklich an, die Schwerverkehrsvorlage bringe für die Umwelt keinen Nutzen.

Insgesamt lassen die spontan geäußerten Motive die Fronten klar erscheinen: den Umwelthanliegen der Befürworter stehen wirtschaftliche und finanzielle Befürchtungen der Gegner gegenüber.

Tabelle 12: Entscheidungsmotive bei der Schwerverkehrsinitiative

Motive nach Stimmmverhalten	Nennungen bei Nein- resp. Ja-Stimmenden (Mehrfachnennungen mögl.)	Verbreitung unter den Teilnehmenden
<i>Nein-Stimmende</i>		
● Undifferenziert-positive Motive	7 %	4 %
● Gefährdung des Transportgewerbes / von Arbeitsplätzen	17 %	11 %
● Kein Nutzen für Umweltschutz	3 %	2 %
● Teuerung	25 %	15 %
● Auslandsreaktionen	6 %	4 %
● Schwerverkehr ist leistungsfähiger	4 %	3 %
● Gegen mehr Steuern	22 %	14 %
● Bessere Vorlage in Vorbereitung	5 %	3 %
● Parteiparolen / Empfehlung Dritter	2 %	1 %
● Übrige Ja-Motive	9 %	6 %
● Keine Angaben	—	4 %
	100 %	
<i>Ja-Stimmende</i>		
● Undifferenziert-negative Motive	7 %	2 %
● Verlagerung auf Schiene	23 %	7 %
● Förderung des öffentlichen Verkehrs	9 %	3 %
● Allgemeine Umweltschutzgründe	31 %	11 %
● Gerechtere Kostenteilung	20 %	7 %
● Verursacherprinzip	4 %	1 %
● Übrige Nein-Motive	4 %	2 %
● Keine Angaben	—	—
	100 %	100 %

### c) Die Gewichtung bedeutender Argumente

Das Bild der klaren Konfliktlinien wird weitgehend bestätigt durch die Einschätzungen der Befragten von bestimmten Argumenten für und gegen die Schwerverkehrsrinitiative, die ihnen vorgegeben worden sind (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13: Gewichtung bedeutender Argumente: Schwerverkehrsrinitiative

		einver- standen	nicht ein- verstanden	keine Angabe
		(Zeilenprozente)		
<i>Pro-Argumente</i>				
a)	«Richtig und gerecht ist nur eine Schwerverkehrsrabgabe, deren Höhe sich nach der Zahl der gefahrenen Kilometer richtet.»	I 49 %	35 %	16 %
		II 79 %	16 %	5 %
		III 42 %	49 %	9 %
b)	«Der Schwerverkehr deckt die Kosten gemäss Strassenrechnung nicht. Die Abgaben müssen deshalb auf jeden Fall erhöht werden.»	I 35 %	46 %	19 %
		II 84 %	10 %	6 %
		III 21 %	67 %	12 %
c)	«Aus Gründen des Umweltschutzes ist alles zu tun, was dazu beiträgt, dass der Verkehr von der Strasse auf die Schiene verlagert wird.»	I 60 %	28 %	12 %
		II 89 %	10 %	1 %
		III 55 %	39 %	6 %
<i>Kontra-Argumente</i>				
d)	«Die erhöhte Schwerverkehrsrabgabe muss abgelehnt werden, weil sie die Transportkosten erhöht und deshalb die Teuerung anheizt.»	I 64 %	24 %	12 %
		II 20 %	74 %	6 %
		III 90 %	7 %	3 %
e)	«Erhöhte Abgaben des Lastwagengewerbes bedrohen Arbeitsplätze.»	I 45 %	40 %	15 %
		II 18 %	75 %	7 %
		III 62 %	34 %	4 %
f)	«Die Initiative ist überflüssig, weil die leistungsabhängige Schwerverkehrsrabgabe im Rahmen der Vorlage über eine 'Koordinierte Verkehrspolitik' ohnehin kommen wird.»	I 34 %	29 %	37 %
		II 12 %	69 %	19 %
		III 55 %	18 %	27 %
g)	«Eine starke Erhöhung der Schwerverkehrsrabgabe führt zu neuen Gegenmassnahmen im Ausland.»	I 65 %	17 %	18 %
		II 50 %	38 %	12 %
		III 84 %	11 %	5 %

I = Stimmberechtigte Total

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

Bei den *Pro-Argumenten* fällt auf, dass die Aussage, wonach aus Umweltschutzgründen alles zu tun ist, um den Verkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern, nicht nur von einer Mehrheit der Befragten (60%), sondern auch von einer Mehrheit der Nein-Stimmenden (55%) gutgeheissen wird. Die Befürwortung von allgemeinen Umweltschutzargumenten reicht somit weit in die Kreise der Gegner der zu entscheidenden Vorlage. Stärker auseinander gehen die Meinungen bezüglich der Forderung nach einer kilometer-

abhängigen Schwerverkehrsabgabe (Aussage a). Ihr stimmen die Befürworter der Initiative zu 79%, die Gegner aber nur zu 42% zu. Immerhin deutet gerade die letzte Zahl darauf hin, dass die leistungsbezogene Abgabe auf ein recht gutes Echo stösst. Fast die Hälfte (49%) der Befragten stimmt ihr zu. Im eigentlichen Sinne polarisierend wirkt das Postulat einer Erhöhung der Schwerverkehrsabgabe (Argument b). Die Freunde der Initiative stützen sie zu 84%, die Gegner nur zu 21%. Man kann aus diesen Antworten indirekt herauslesen, dass eine leistungsbezogene Schwerverkehrssteuer ohne Erhöhung der Abgabe aus Umweltschutzgründen eine bessere Chance auf Annahme hat als die vorliegende Initiative.

Die Einschätzung der *Kontra-Argumente* durch die Befragten weist in eine ähnliche Richtung. Am deutlichsten polarisiert wiederum die Aussage (d), die sich auf die Kosten und die Teuerung in der Folge einer Erhöhung der Steuern bezieht. 90% der Nein-Stimmenden, aber nur 20% der Ja-Stimmenden sehen darin einen Ablehnungsgrund. Mehrheitlich einverstanden sind die Befragten auch noch mit der Aussage (g), die Gegenmassnahmen des Auslandes in Erwartung stellt. Bemerkenswert ist, dass genau die Hälfte der Initiativ-Befürworter offenbar mit Retorsionen rechnen. Den Verlust von Arbeitsplätzen sehen nur 45% der Befragten als Bedrohung. Zwar stimmen dieser Aussage auch 62% der Initiativ-Gegner zu. Das Arbeitsplatzargument fällt aber weniger ins Gewicht als das Teuerungsmotiv. Schliesslich geht aus den Antworten hervor, dass die Befragten mit der Vorlage über die «Koordinierte Verkehrspolitik» (KVP) nicht viel anfangen können. 37% geben gar keine Antwort. 34% stimmen der Aussage (f) zu. Auch von jenen, die die Initiative ablehnen, betrachten lediglich 55% die KVP als kommende Alternative für die Schwerverkehrsinitiative des VCS. Der «indirekte Gegenvorschlag» der Behörden scheint für die Stimmberechtigten noch in zu weiter Ferne gelegen zu haben.

### 3.3. Vergleich mit der Schwerverkehrsabstimmung von 1984

Am 26. Februar 1984 haben die Stimmbürger mit 1'254'489 Ja gegen 882'756 Nein (bei 15½ zustimmenden Ständen) einer Verfassungsbestimmung zugestimmt, welche für maximal 10 Jahre die Erhebung einer Schwerverkehrsabgabe vorsieht. Die heute noch geltende Schwerverkehrssteuer sieht nach Gewicht der Fahrzeuge gestaffelte Pauschalabgaben vor.

Ein *Vergleich* der beiden Abstimmungen von 1984 und 1986 drängt sich auf. Er wird freilich durch zwei Umstände *erschwert*. Einmal lag 1984 die Stimmbeteiligung mit 52,8% sehr deutlich über dem Durchschnitt, was nicht zuletzt auf die damals gleichzeitig zur Abstimmung gebrachte Zivildienstinitiative wie auch auf die Vorlage für die Autobahnvignette zurückgeführt werden kann. Dann stammte die Schwerverkehrsvorlage 1984 von Bundesrat und Parlament und fand die Zustimmung von 58,7% der Stimmenden (vgl. VOX-Publikation Nr. 21).

Gerade die unterschiedliche Herkunft der Vorlage dürfte sich auf die *Konfliktlinien* stark ausgewirkt haben. 1984 stimmten der Vorlage Urnengänger mit steigendem Alter, zunehmendem Bildungsgrad, höherem beruflichem Status, sowie Deutschschweizer und

Parteisympathisanten, nicht zuletzt auch bürgerlicher Parteien, in überdurchschnittlichem Masse zu. 1986 spielen Alter, Ausbildungsgrad und Berufsstatus nur noch eine geringere Rolle. Die Landesteile unterscheiden sich nicht mehr. Dagegen ergeben sich Unterschiede nach Geschlecht. Die Frauen stimmen der Initiative von 1986 deutlich stärker zu. Am meisten fällt indessen ins Gewicht, dass die Schwerverkehrsinitiative bei den Sympathisanten bürgerlicher Parteien keine Unterstützung fand.

Tabelle 14: Ja-Stimmen nach Parteisympathien 1984 und 1986

Parteisympathien	Anteil Ja	Anteil Ja
	% 1984	% 1986
FDP	58	22
SVP	65	10
CVP	65	20
SPS	54	43
Keine	46	29

Den Ausschlag für den Misserfolg der VCS-Initiative haben damit wohl die bürgerlichen Wähler gegeben. Diese stimmten der Vorlage von 1984 überzeugend zu, lehnten aber die Vorlage 1986 am deutlichsten ab.

Bezüglich der *Entscheidungsmotive* haben sich seit 1984 keine grundlegenden Änderungen ergeben. Immerhin zeichnen sich deutliche Gewichtsverschiebungen ab.

Tabelle 15: Entscheidungsmotive 1984 und 1986

	1984 Nennungen %	1986 Nennungen %
<i>Ja-Motive</i>		
Kostendeckung des Schwerverkehrs	39	24
Förderung öffentlicher Verkehr und Verlagerung auf Schiene	20	32
Allgemeine Umweltschutzgründe	12	31
<i>Nein-Motive</i>		
Teuerung	47	25
Gegen mehr Steuern	17	22
Schwerverkehr deckt Kosten	22	—
Gefährdung von Arbeitsplätzen	—	17



Bei den Ja-Argumenten hat eine deutliche Verlagerung vom finanziellen Motiv zu verkehrs- und umweltpolitischen Begründungen stattgefunden. Bei den Nein-Motiven hat die Angst vor der Teuerung etwas an Gewicht verloren zugunsten des Widerstandes gegen zusätzliche Steuern und der Befürchtung, Arbeitsplätze könnten verlorengehen. Bemerkenswert ist, dass das Kostenargument für das Nein keine Rolle mehr gespielt hat. Ganz offensichtlich hat sich in den zweieinhalb Jahren der Schwerpunkt der Diskussion von der Frage der gerechten Verteilung der Kosten auf die Umweltpolitik, die Förderung des öffentlichen Verkehrs und der Wirtschafts- und Steuerpolitik verlagert. Das Argument der Teuerung bleibt dabei eine Konstante. Der Aussage, die Schwerverkehrsabgabe sei abzulehnen, weil sie die Teuerung anheize, stimmten 1984 56%, 1986 64% der Befragten zu.

## Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 7. Dezember 1986

### *Zusammenfassung der Hauptergebnisse*

Am 7. Dezember 1986 haben die Stimmbürger den Gegenvorschlag zur Mieterschutzinitiative mit 64,4% Ja angenommen. Die Volksinitiative für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs wurde dagegen mit dem fast gleichen Stimmverhältnis (66,1% Nein) verworfen.

Die *Stimmbeteiligung* ist im Langzeitvergleich als tief zu werten. Qualitativ lassen sich nur wenige Abweichungen vom bekannten Partizipationsverhalten feststellen. Im wesentlichen gingen vor allem jene Bürgerinnen und Bürger stimmen, die sich aufgrund ihrer höheren Bildung, der guten beruflichen Stellung, des höheren Alters und des stärkeren politischen Interesses ausgeprägter als die übrigen Bürger am öffentlichen Leben beteiligen. Bemerkenswert ist jedoch die gegenüber dem Langzeitvergleich höhere Partizipation der welschen Region und der 40- bis 64jährigen.

Für den *Stimmentscheid* bei der *Mieterschutzvorlage* hatte die direkte Betroffenheit der Stimmbürger eine grosse Bedeutung. Wer in einem Mietverhältnis wohnt, in den Grossstädten und deren Agglomeration lebt und sich deshalb durch die Vorlage stark betroffen fühlt, votierte deutlich häufiger mit Ja. Umgekehrt stimmten vor allem jene mehr mit Nein, die ein Haus, Land oder weitere Immobilien besitzen, eine leitende Stellung inne haben und im (eigenen) Einfamilienhaus wohnen. Höher fiel die Zustimmung zum Mieterschutzartikel in der Romandie, bei den Frauen und bei Personen unter 40 Jahren aus. Sympathisanten der drei grossen bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP nahmen den Gegenvorschlag deutlich weniger häufig an als jene der SPS. Die Inhalte der Vorlage waren einer Mehrheit der Stimmbürger bekannt.

Als *Entscheidungsmotive* dominierten sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern der Mieterschutzvorlage allgemein gehaltene Aussagen. Rund ein Drittel der befragten Urnengänger erklärte, mit dem Ja für mehr Rechte der Mieter und einen besseren Schutz votiert zu haben. Weitere 20% verstanden ihr Ja als Äusserung gegen Missbräuche der Vermieter. Jeder zehnte Teilnehmende stimmte Ja, weil er als Mieter von der Verfassungsänderung profitiert. Auf der Gegenseite wurden vor allem zwei Motive genannt: die Vorlage ging den einen zu weit (30% der Nein-Stimmenden, resp. 5% der Teilnehmenden); andere führten an, die Vermieter würden handlungsunfähig (25%, resp. 4%). Die Ausdehnung des Schutzes vor missbräuchlichen Mietzinsen auf die ganze Schweiz – einer der zentralen Punkte der Vorlage – wird sowohl von den Befürwortern als auch den Gegnern, wenn auch unterschiedlich stark, unterstützt. Deutlicher unterscheiden sich die beiden Gruppen, wenn sie zur Forderung Stellung nehmen müssen, dass eine missbräuchliche Kündigung auf Verlangen des Mieters zu annullieren ist. Während 90% der Befürworter hier zustimmen, unterstützen lediglich 67% der Gegner diese Aussage. In der Einschätzung des Wohnungs-

marktes differieren Befürworter und Gegner besonders krass: 54% der Nein-Stimmenden argumentieren, der schweizerische Wohnungsmarkt funktioniere; 74% der Ja-Stimmenden verneinen dies. Die Nachbefragung hat zudem gezeigt, dass das Verhältnis Mieter-Vermieter nicht unbelastet ist. Lediglich eine Minderheit der Stimmberechtigten erklärt nämlich, ein besserer Schutz der Mieter sei gar nicht notwendig, da die überwiegende Mehrheit der Vermieter ihre Mieter anständig behandle. Der in der ursprünglichen Volksinitiative geforderte Mietzinshöchstpreis hätte hingegen kaum eine Mehrheit gefunden. Der Vergleich der Mieterschutzvorlage 1986 mit jenen von 1977 (Initiative und Gegenvorschlag) zeigt, dass sich die Differenzen in den Auffassungen zum Mieterschutz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen verringert haben; die Meinungen von Stadt und Land, von deutscher und französischer Schweiz sind in dieser Frage näher zusammengerückt. Sowohl 1977 als auch 1986 spielten beim Stimmenscheid allgemein gehaltene Motivationen wie «Mehr Schutz für Mieter», «Status quo genügt» oder «gegen mehr Staat» eine dominierende Rolle.

Die Ablehnung der *Schwerverkehrs-Initiative* war weit verbreitet und gleichmässig verteilt. Einfache Angestellte, Frauen, Rentner und Befragte, die über keinen Personenwagen im Haushalt verfügen, stimmten der Vorlage überdurchschnittlich häufig zu. Ausschlaggebend für die Ablehnung war offenbar die Opposition der Sympathisanten bürgerlicher Parteien sowie der Mitglieder von ACS und TCS. Ein grosses Regierungsvertrauen hat ebenfalls zu einer stärkeren Ablehnung geführt.

Der Inhalt der Initiative war relativ gut bekannt. Die Befürworter machten für ihren Entschluss vor allem Umweltschutzargumente geltend. Dazu können auch die Postulate nach Förderung des öffentlichen Verkehrs und nach Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene gerechnet werden. Als Motive der Ablehnung stehen wirtschaftliche und finanzielle Argumente im Vordergrund. Die Angst vor der Teuerung und vor dem Verlust von Arbeitsplätzen sowie der Widerstand gegen mehr Steuern wurden am häufigsten genannt. Die Aussage, aus Umweltschutzgründen sei alles zu tun, um den Verkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern, hiess interessanterweise sogar eine Mehrheit der Nein-Stimmenden gut.

Aufschlussreich ist ein Vergleich zwischen den Schwerverkehrsvorlagen von 1984 und 1986. Die bürgerlichen Wähler stimmten seinerzeit der Schwerverkehrsabgabe deutlich zu, lehnten indessen die neue Initiative stark ab. Bei den Argumenten für die Schwerverkehrsabgabe ist eine Verlagerung von Kostenüberlegungen und finanziellen Motiven zu umweltpolitischen Begründungen zu verzeichnen. Bei den Nein-Stimmenden ist die Angst vor einer Teuerung das wichtigste Motiv geblieben.

## Analyse de la votation fédérale du 7 décembre 1986

### *Récapitulation des résultats principaux*

Le 7 décembre 1986, les citoyens ont accepté le contre-projet à l'initiative «pour une protection des locataires» avec 64,4% de oui. En revanche, l'initiative populaire fédérale pour une juste imposition du trafic poids lourds a été rejetée avec presque la même proportion des voix (66,1% de non).

En comparaison à longue échéance, la participation au vote doit être considérée comme basse. Qualitativement, on ne peut constater que des différences mineures par rapport au comportement de participation connu. Ont voté principalement les citoyennes et les citoyens qui témoignent un plus grand intérêt à la vie publique par suite de leur niveau d'éducation plus élevé, de leur bonne position professionnelle, de leur âge avancé et qui s'intéressent davantage à la politique que leurs concitoyens. Pourtant, on constate par rapport au comportement à longue échéance, une participation plus élevée dans la région romande et des personnes âgées entre 40 et 64 ans.

L'implication directe des citoyens votants a exercé une grande influence sur la *décision du vote* pour ou contre le projet de loi pour la protection des locataires. Celui qui habite en location, dans les grandes villes et leurs agglomérations et qui se sentait donc fortement concerné par le projet de loi, a voté univoquement plus souvent par un oui. A l'inverse, ceux qui possèdent une maison, des terrains ou d'autres biens immobiliers, qui détiennent des postes dirigeants et qui habitent dans leur (propre) maison, ont voté plus souvent par non. L'approbation de l'initiative pour la protection des locataires a été plus forte en Romandie, chez les femmes et chez les personnes en dessous de 40 ans. Les sympathisants des trois grands partis bourgeois PRD, PDC et UDC ont accepté la contre-proposition nettement moins souvent que ceux du PSS. Le contenu du projet de loi était connu par la majorité des citoyens.

Tant pour les partisans que pour les adversaires de l'initiative pour la protection des locataires, le *motif de la décision* dominant se limitait le plus souvent à des assertions générales. Environ un tiers des votants interviewés ont déclaré avoir voté par un oui pour obtenir davantage de droits des locataires et une meilleure protection. D'autres 20% ont compris leur oui comme étant l'expression de leur désapprobation des abus des loueurs. Un votant sur dix a voté oui, parce qu'à titre de locataire, il profite du changement de la Constitution. A l'opposé, on a principalement mentionné deux motifs: Le projet de loi allait trop loin (30% de ceux qui ont voté non, resp. 5% des participants). Les autres ont prétendu que les loueurs perdaient leur liberté d'action (25%, resp. 4%). L'extension à toute la Suisse de la protection contre des loueurs abusifs – un autre motif central du projet de loi – a été soutenue de manière différenciée, tant par les partisans que par les adversaires. Les deux



groupes se distinguent clairement lorsqu'ils sont appelés à s'exprimer sur l'exigence selon laquelle une résiliation abusive doit être annulée à la demande du locataire. Tandis que 90% des partisans y acquiescent, seuls 67% des adversaires soutiennent cette assertion. En ce qui concerne l'appréciation du marché des logements, les partisans et les adversaires divergent de manière particulièrement frappante : 54% des votants négatifs argumentent que le marché suisse des logements fonctionne, 74% des votants positifs le nient. L'enquête complémentaire a en outre montré que les rapports loueurs-locataires ne sont pas exempts de tensions. Seule une minorité des votants déclare en effet qu'une meilleure protection des locataires n'est nullement nécessaire, étant donné que la grande majorité des loueurs traitent leurs locataires de manière correcte. En revanche, le loyer maximal exigé initialement dans l'initiative populaire n'aurait guère pu trouver une approbation. La comparaison du projet de loi pour la protection des locataires de 1986 et celle de 1977 (initiative et contre-proposition) montre que les différences de conception de la protection des locataires entre les divers groupes de la population se sont amoindries. Sur ce point, les opinions des villes et de la campagne, de la Suisse alémanique et romande, se sont rapprochées. Tant en 1977 qu'en 1986, les motivations d'expression générale telles que «Davantage de protection pour les locataires», «Le statut quo suffit» et «Moins d'Etat» ont joué un rôle prédominant.

*Le rejet de l'initiative populaire pour une juste imposition du trafic poids lourds a été très général et réparti régulièrement. Les employés simples, les femmes, les retraités ainsi que les personnes interviewées qui ne possèdent pas de voiture dans leur ménage ont accepté le projet surproportionnellement. Le fait décisif pour le rejet a été de toute évidence l'opposition des sympathisants des partis bourgeois, ainsi que des membres de l'ACS et du TCS. Une grande confiance placée dans le gouvernement a également conduit à un rejet plus prononcé.*

Le contenu de l'initiative était relativement bien connu. Pour leurs décisions, les partisans ont principalement fait mention des arguments de la protection de l'environnement. On peut également y ajouter les postulats visant à la promotion du trafic public et du transfert des transports de marchandises de la route sur le rail. Des arguments financiers et économiques se placent au premier plan des motifs du rejet. La peur du renchérissement et de la perte de l'emploi, ainsi que la résistance contre un accroissement des impôts ont été mentionnées le plus souvent. Il est intéressant de constater que l'assertion, selon laquelle on doit, pour des raisons de protection de l'environnement, tout faire pour déplacer le trafic de la route vers le rail, a même été approuvée par une majorité de ceux qui ont voté négativement.

La comparaison entre le projet de loi concernant le trafic lourds de 1984 et celui de 1986 est très informatif. Les votants bourgeois avaient à l'époque univoquement approuvé l'imposition du trafic lourd, mais ont fortement rejeté la nouvelle initiative. Dans les arguments en faveur de l'imposition du trafic lourd, on constate un déplacement des considérations de coûts et de motifs financiers vers une argumentation écologique. Pour les votants négatifs, la peur du renchérissement est restée le principal motif.

# ZÜRCHER BEITRÄGE ZUR POLITISCHEN WISSENSCHAFT

Herausgegeben von Prof. Dr. Daniel Frei und Prof. Dr. Ulrich Klöti

---

Band 7:

Beat Moser: **Ethnischer Konflikt und Grenzkriege.** Ursachen innen- und außenpolitischer Konflikte in Afrika.

376 Seiten, Fr. 38.- (1983) ISBN 3 7253 0198 0

Band 8:

Ulrich Schmid: **Wahlkampffinanzierung in den USA und in der Schweiz.**

270 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0235 9

Band 9:

Beat Moser: **Konflikt und Kooperation der Dritten Welt mit Industrieländern.**

364 Seiten, Fr. 48.- (1985) ISBN 3 7253 0236 7

Band 10:

Hans-Jakob Mosimann: **Befangenheit im Konsumentenschutz?**

Bundesbehörden im Widerstreit der Interessen.

310 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0239 1

Band 11:

Heinz Krummenacher: **Internationale Normen und Krisen**

Die normative Dimension internationaler Politik

246 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0253 7

Band 12:

Kurt Nüssli: **Föderalismus in der Schweiz**

Konzepte, Indikatoren, Daten

380 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0262 6

Band 13:

Philippe Grossen: **Das Bild der UNO in der Schweizer Tagespresse.**

174 Seiten, Fr. 38.- (1986) ISBN 3 7253 0265 0

---

*Weitere Literatur zur Schweizerischen Politik:*

Ulrich Klöti, unter Mitarbeit von Richard Degonda:

**Regierungsprogramm und Entscheidungsprozeß. Eine Erfolgskontrolle der Regierungsrichtlinien des Bundesrates für die Legislaturperiode 1975-1979.**

Publikationen des Schweizerischen Nationalfonds, Band 39, Bern 1986.

**Handbuch Politisches System der Schweiz**

**Manuel Système politique de la Suisse**

Band / Volume 1:

Grundlagen / Le Contexte. Hrsg. / Ed. A. Riklin. Geb. Fr. 40.-

Band / Volume 2:

Strukturen und Prozesse / Structures et processus. Hrsg. / Ed. U. Klöti. Geb. Fr. 32.-

Band / Volume 3:

Föderalismus / Fédéralisme. Hrsg. / Ed. R.E. Germann / E. Weibel. Geb.

Fr. 32.-

## ***KLEINE STUDIEN ZUR POLITISCHEN WISSENSCHAFT***

*Die «Kleinen Studien zur Politischen Wissenschaft» können zum Preis von Fr. 5.– pro Nummer bei der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Münstergasse 9, 8001 Zürich, oder Weinbergstrasse 59, 8006 Zürich, bezogen werden.*

---

- 232 Hrsg. Daniel Frei und Dieter Ruloff, redigiert von Christof Buri: Internationale Zusammenarbeit. Beiträge zu einem Forschungsseminar.
- 231 Anita Lebrecht: Semantische Analyse ausgewählter strategischer Begriffe der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.
- 230 Hrsg. Ulrich Klöti und Daniel Frei: Öffentliche Verwaltung im internationalen Kontext. Beiträge zu einem Forschungsseminar.
- 228–229 Stephan Kux: The People's Republic of China's Perception of West Europe 1960–1981. A Content Analysis of the People's Daily.
- 227 Ulrich Klöti und Kurt Nüssli: Die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Ein Reformversuch zwischen staatspolitischen Idealen und finanziellen Interessen.
- 226 Hrsg. Daniel Frei und Dieter Ruloff: Strategische Kognition. Beiträge zu einem Forschungsseminar.
- 225 René Häusler: Der Einfluss der Kultur auf das Krisenverhalten Grossbritanniens im Falklandkonflikt.
- 222–224 Beat Moser und Werner Reimann: Datenauswertung in der Politischen Wissenschaft.
- 221 Hrsg. Dieter Ruloff und Christian Catrina: Grossmachtrivalität und Dritte Welt. Beiträge zu einem Forschungsseminar.
- 220 Bernadette Koller: Der Einfluss externer Kriege auf die interne Konfliktivität von Staaten: Ein Beitrag zur Konfliktverknüpfungproblematik.
- 219 Roland Sigrist: Das selektive Verhalten des Bundesrates bei der Verarbeitung von Motionen und Postulaten.
- 217–218 Philippe Grossen: Abhängigkeit und politische Stabilität afrikanischer Staaten.
- 216 Martin Gollmer / Theo Haldemann: Aspekte der Implementation des Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete.
- 215 H.-M. Binder: Politische und sozio-ökonomische Determinanten kommunaler Politik.
- 214 Hrsg. Daniel Frei: Konflikt und Kooperation in den Ost-West-Beziehungen. Beiträge zu einem Forschungsseminar.
- 212–213 Werner Reimann: Kontakte und Einstellungen – Ergebnisse einer Rekrutenbefragung.
- 211 Mary-Anne Moser: Politikberatung durch Politische Wissenschaft. Beiträge zu innenpolitischen Fragestellungen.

Über die Probleme und Ereignisse des politischen Jahres 1985, über ihre Ursachen und Auswirkungen orientiert Sie in sachlicher, übersichtlicher und konzentrierter Form:

## **Schweizerische Politik im Jahre 1985**

262 Seiten      21. Jahrgang      Fr. 30.-

**Herausgegeben vom  
Forschungszentrum für schweizerische Politik  
an der Universität Bern  
Neubrückstrasse 10, 3012 Bern**

---

Die jährlich erscheinende Publikation enthält eine klar gegliederte Darstellung der aktuellen Politik, der gesellschaftlichen Probleme und der Vorschläge zu ihrer Lösung auf Bundes- und Kantonsebene. Sie vermittelt jedoch nicht nur einen umfassenden, objektiven und präzisen Überblick über den Stand der Gesetzgebungsarbeiten, sondern bemüht sich auch um das Aufzeigen neuer Entwicklungen und Strömungen und verweist auf wesentliche Ergebnisse der Forschung im politischen Bereich. Ein Sach- und ein Personenregister erleichtern das Auffinden einzelner Tatbestände. Der Anmerkungsapparat verweist auf weiterführende Literatur und unterstützt Sie bei der Zusammenstellung von Arbeitsdokumentationen.

Roger Blum im Tages-Anzeiger vom 29.10.1986 zur neuesten Ausgabe: «Die Chronik . . . wird so immer reicher, immer perfekter, und es ist unvorstellbar, dass es noch eidgenössische und kantonale Parlamentarier, Beamte und Geschichtslehrer, Journalisten und Politologen, Historiker und Dokumentalisten, Verbandssekretäre und Parteifunktionäre gibt, die ohne sie auskommen.»

Bezugsort (auch für frühere Jahrgänge): beim Herausgeber



---

## □□□□ *Politische Parteien und neue Bewegungen*

---

## □□□□ *Partis et nouveaux mouvements politiques*

---

Beiträge: L. Neidhart, Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien / U. Allematt, Die Wirtschaftsflügel in der CVP: Die «dynamische Mitte» unter Druck / G. Schmid, Demokratisch-soziale Partei (DSP) Basel-Stadt – Ablauf und Bedeutung einer Parteispaltung / G. Arigoni und P. Urio, unter Mitarbeit von F. Ceschi, Aspects de la régionalisation du Parti libéral-radical du Tessin / R. Blum, Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986 / E. Michel-Alder, Von Fraufragen, Parteifrauen und den männlichen Mühlen schweizerischer Politik / A. Auer und R. Lévy, Les mouvements de quartiers face aux autorités et aux partis: expériences à Genève, Lausanne et Richterswil / R. Epple, Die schweizerische Friedensbewegung: alte Wurzeln – neue Blüten / F. Saint-Quen, Vers une remontée du national-populisme en Suisse? Le cas des vigilants genevois / U.P. Engeler, Personalverbindungen zwischen Altparteien und neuer Politik / H. Geschwend, Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft – oder umgekehrt / D. Joye und I. Papadopoulos, La mobilisation partisane est-elle en crise? / M. Finger und J.-N. Rey, Le parti socialiste suisse face aux nouvelles valeurs et aux nouveaux enjeux politiques de la société industrialisée avancée / P. Hablützel, Regierungsparteiengespräche im schweizerischen Konkordanzsystem / H.P. Hertig, Bit, byte und die Klientel – Parteien und die Herausforderung der neuen Technologien / H.U. Jost, Critique historique du parti politique / H. Kriesi, Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen / J. Ambauen, G. Schneider und Th. Widmer, Bibliographie suisse de science politique 1986 / Schweizerische Bibliographie zur politischen Wissenschaft 1986.

1986. 380 Seiten, Fr. 45.– (ISBN 3-258-03629-2)

---

**Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Band 26 (1986)**  
**Veröffentlichungen der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft**  
**Annuaire suisse de science politique, Vol. 26 (1986)**  
**Publications de l'Association suisse de science politique**

*Redaktion / Rédaction / Editor: Prof. Wolf Linder, Lausanne*

Schweizerische Gesellschaft für politische Sozialforschung  
in Zusammenarbeit mit rund 20 Hochschulen:



## **DATENBANK FÜR INFORMATIONSGARBEIT ÖFFENTLICHKEITSGARBEIT WIRTSCHAFT SOZIALPOLITIK**

Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen, Einstellungen und Verhalten  
in den Bereichen Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

**VOX**, entstanden aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft, wird thematisch ergänzt und ausgebaut in **UNIVOX**: einer **Datenbank für wirtschafts-, staats- und sozialpolitische Themen**.

Mehr als 20 Hochschuldozenten und ihre Assistenten (in St. Gallen, Zürich, Basel, Bern, Fribourg, Lausanne und Genf) kooperieren mit der GfS und kommentieren die von ihnen betreuten Stichworte (vgl. UNIVOX-Thematik auf den vorangehenden Seiten).

Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien u.a.m. haben **UNIVOX** bereits abonniert.

**UNIVOX** ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, PR-Stellen, Redaktionen, Verwaltungen und Personalabteilungen.

In den vergangenen Wochen sind bereits erste Kommentare und Tabellen erschienen. Weitere Resultate werden in nächster Zeit zur Verfügung stehen.

Wir informieren Sie gerne über verschiedene Anwendungsmöglichkeiten von **UNIVOX** in Ihrer Organisation.

**UNIVOX** kann abonniert werden beim GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546,  
8027 Zürich

## **UNIVOX-THEMATIK**

Zu den folgenden Themen wurden 1986 Repräsentativ-Befragungen mit persönlichen standardisierten Interviews durchgeführt. Einzelne Themen sind bereits kommentiert, andere stehen in Bearbeitung.

Es stehen zu einzelnen Fragen weitere Daten zur Verfügung, die als Back-Data für **UNIVOX**-Abonnenten zu Spezialkonditionen erhältlich sind.

### **I A Gesellschaft**

Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern / Arbeitnehmern, Leuten mit Volksschulbildung / Akademikern, Leuten mit Kindern / Leuten ohne Kinder, Jungen / Alten, Männern / Frauen, Erwerbstätigen / Rentnern - Formen des Zusammenlebens, allein, Wohngemeinschaft, Altersheim, Familie - Ehe und Heirat - Ausländer - Kontaktarmut, soziale Isolation

## **I B Wohnen**

Wohnungsgrösse – Mietzins – Standort – Stadt / Land – Hausbesitz – Wohnungsmarkt – Mieterschutz

## **I C Gesundheit**

Gesundheitszustand – Förderung der Gesundheit – gesundheitliche Probleme – Einschränkungen durch Krankheit – Belastungen / Veränderungen im Leben – berufliche Belastung – Lebensgewohnheiten, Ernährung, Bewegung, Erholung etc.

## **I D Ausbildung**

Bildung / Ausbildung – Berufswünsche – Ausmass der Ausbildung auf allen Stufen – Umschulung – Kosten des Bildungswesens

## **I E Kultur**

Situation in der Schweiz – Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, Fussballmatch, Chilbi, Alpaufzug, Opernabend etc. – Kulturträger – Kulturpolitik – Identifikation – allgemeines kulturelles Interesse – Kulturförderung

## **I F Freizeit**

Freizeitgestaltung – Schaffung von Grün- und Freiflächen – Spielflächen für Kinder – Sportanlagen für jedermann – Parks – Schaffung von Wohnstrassen – Geld / Freizeit – Freizeitaktivitäten

## **I G Verkehr (noch nicht definitiv)**

Strasse – Schiene – Luftverkehr – Mobilität – Verkehrsmittel (Kosten / Nutzen)

## **I H Kommunikation**

Bekanntheit neuer Medien – Vorstellung / Nutzung neuer Medien – Angebot und Inhalt von Fernseh-, Radioprogramm und Zeitung – Medienpolitik – Nutzungsdaten zu Fernsehen, Radio DRS, Lokalradio, Tageszeitung, Zeitschriften, Bücher, SRG

## **I I Umwelt**

Waldsterben – Lösbarkeit von Umweltproblemen – technischer Fortschritt – gesellschaftliche Grundhaltungen – Notwendigkeit der Einschränkung des Lebensstandards – Risiken der Kernenergie – Umweltbelastung als Preis für Wohlstand – Einflüsse in der Umweltpolitik – Kosten des Umweltschutzes

## **II A Staat**

Zufriedenheit mit schweiz. Politik – dringlichste Probleme zuhanden des Bundesrates – Fähigkeit des Staates politische Probleme zu lösen – Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit – Verwaltungen / Ämter, PTT, Steuerverwaltung, Verkehrsbetriebe, Armee, Polizei, Gemeindeverwaltung etc. – Kollegialregierung – Milizparlament – Volksinitiative – Referendum – Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden

## **II B Demokratie**

Politisches Interesse – Beurteilung der Parteien in der Wirtschafts-, Energie-, Sozial-, Verkehrs-, Umwelt-, Ausländer- und Finanzpolitik – Diskussionshäufigkeit über Politik – Teilnahmeverhalten an Abstimmungen – Parteisympathien – Vertrauen in die Regierung – Reformen – Einflussmöglichkeiten des einzelnen Bürgers – Entscheidungsgrundlagen vor Wahlen

## **II C Recht**

Rechtskenntnisse, Rückzugsrecht bei Verträgen – Vertragsarten – Verbindlichkeit von Verträgen – wichtigste Aufgabe des Rechts – Rechtsstaatlichkeit – Vertrauenswürdigkeit von Juristen – Strafrecht – Totalrevision der Bundesverfassung – Konfliktsituationen – Gesetzesvorschriften – Volksrecht

## **II D Staatsfinanzen**

Steuerlast – Verteilung der Finanzen – Höhe der Staatsausgaben – Defizite bei Bund, Kanton und Gemeinden – Steuerzahlen – Steuermoral

## **II E Sozialversicherung**

Gesundheitskassen (HMOs) – Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung, Franchise, Bonus-Malus-System – Umfang / Kosten der Sozialversicherung – finanzielles Gleichgewicht der AHV – Sanierungsvorschläge für die AHV – Rentenalter – 3-Säulen-Prinzip – Volkspension – Kosten des Gesundheitswesens

## **III A Landwirtschaft**

Agrarerzeugnisse, Qualität, Preis, Biologischer Anbau – Erhaltung der Landwirtschaft – Funktion

P.P.



8001 Zürich

/ Rolle – Gewinner / Verlierer – verschiedene Produktionsformen, Gross-, Kleinbetriebe, Berg-, Talbetriebe

### **III B Wirtschaft**

Wirtschaftliche Entwicklung, Schweizerfirmen im Ausland – Firmenbesitz Ausland / Schweiz – Abhängigkeit vom Gang der Wirtschaft – Engagement von Firmen für die Allgemeinheit – Leistungsfähigkeit / Konkurrenzfähigkeit – Beurteilung von Prosperität / Löhnen / längerfristigen Chancen der einzelnen Branchen, Land- und Forstwirtschaft, Metallindustrie, Textilindustrie, Handel, Bildungswesen, Versicherungen, Maschinen- und Apparateindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Chemische Industrie, Verkehr- und Nachrichtenübermittlungsindustrie, Verwaltung, Banken, Gesundheitswesen, Hotellerie und Gastgewerbe, Uhrenindustrie, Baugewerbe, Holzindustrie, Papierindustrie

### **III C Arbeit**

Leistungsbereitschaft – Wichtigkeit der Arbeit – Arbeitsinhalt – Arbeitsumgebung – Arbeitsstundenzahl pro Woche – Sicherheit des Arbeitsplatzes – Selbstverwirklichung – Lohn – interessante Arbeit – Führungsaufgaben – Verantwortung – Kreativität – Beziehung Mitarbeiter / Vorgesetzter – Computer am Arbeitsplatz

### **III D Markt**

Bekanntheit – Aufzählung von Märkten – schweiz. Wirtschaftssystem – sozialistisches Wirtschaftssystem – Eingriffe in Marktwirtschaft – Marktwirtschaft / Planwirtschaft – Kartelle / Monopole – Stellung des Konsumenten – Konsumverhalten

### **III E Geld (noch nicht definitiv)**

Geldformen – Golddeckung – Preisstabilität – Währung – Sparen – Ersparnisse – Sparziele

### **III F Sicherung**

Gefahren im Verkehr, Unfälle, Krankheit, Krieg, Umweltverschmutzung als Quellen der Bedrohung / Beunruhigung – persönliche Versicherungen – Versicherungsgrad – Nützlichkeit weiterer Versicherungen – Assoziationen zu «Versicherung» – Arbeit, Familie, Religion, Sozialversicherung, Vermögen als Quellen / Garanten der Sicherheit – Rolle des Staates – Versicherungsbetrug

### **IV A Freiheit (noch nicht definitiv)**

Persönliche Freiheit – Unabhängigkeit – materielle und nichtmaterielle Bedingungen für Freiheit

### **IV B Verteidigung**

Kräfteverhältnis in Europa – weltpolitische Lage – Kriegsgefahr in Europa – potentielle Angreifer – Eintrittswahrscheinlichkeit von Terroranschlägen, Natur- und technischen Katastrophen, Krieg, Rohstoff- und Energieverknappung, und wirtschaftliche Erpressung – Verteidigungswürdigkeit der Schweiz – Kampfwillie – Rüstungsreferendum – Verteidigungsausgaben – Verteidigungsfähigkeit

### **IV C Versorgung (noch nicht definitiv)**

Notvorrat – wirtschaftliche Abhängigkeit von der Energieversorgung

### **IV D Welt**

Zufriedenheit mit der Aussenpolitik der Regierung – Entwicklungshilfe – Zollpolitik – Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen – Zusammenarbeit mit anderen Ländern – Abhängigkeit vom Ausland hinsichtlich Waldsterben, Inflation, Drogenproblem, Konjunktur der Wirtschaft etc. – Rolle der Schweiz in der Welt

### **X Allgemein**

Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche